



Lohnvergleichs-Analysen

Kein «Basel Finish»!

KMU sollen im Kanton Basel-Stadt bereits dann Lohnvergleichs-Analysen durchführen müssen, wenn sie mehr als 50 Mitarbeitende beschäftigen. So will es die Basler Regierung. Auf nationaler Ebene gilt diese Regelung ab 100 Mitarbeitenden. Die regierungsrätliche Vorlage bringt administrative und finanzielle Mehrbelastung und schwächt so den Wirtschaftsstandort Basel gegenüber der übrigen Schweiz.

Seit dem 1. Juli 2020 müssen Schweizer Firmen mit mehr als 100 Angestellten abklären, ob sie Mitarbeiterinnen beim Lohn benachteiligen. Nicht so in Basel. Hier soll die Grenze schon bei 50 Mitarbeitenden liegen. Die Basler Regierung will hierfür explizit ein neues Gesetz schaffen, da – wie sie selbst schreibt – die Massnahme nicht direkt umgesetzt werden könne. Der Bund habe seine Kompetenz im Bereich des Arbeitnehmendenschutzes ausgeschöpft, deshalb könne der Kanton keine ergänzenden Bestimmungen zu den bereits bestehenden bundesrechtlichen Vorgaben im Gleichstellungsgesetz erlassen.

Damit wird klar: Angesichts der umfassenden Regelung auf Bundesebene stellt der Basler Sonderweg eine erneute unerwünschte Vermischung der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen dar. Dass Kantone wie Basel-Stadt vermehrt eigene Gesetzesgrundlagen erstellen für Themenbereiche, die in Bundeskompetenz sind, ist demokratiepolitisch und föderalistisch äusserst bedenklich.

Der Gewerbeverband Basel-Stadt und der Arbeitgeberverband Basel haben in einer gemeinsamen

Mitteilung anlässlich der Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens ihrer tiefen Besorgnis darüber Ausdruck gegeben, dass die Basler Regierung einen weiteren unnötigen und für die Basler Wirtschaft schädlichen «Basel Finish» vorschlägt. «Und dies erst noch, ohne die auf Bundesebene auf zwölf Jahre befristete Umsetzung zu beobachten und das Fazit über die Resultate der Lohnvergleichs-Analysen, ihrer Notwendigkeit und ihrer Wirkung abzuwarten», wie es in der Medienmitteilung heisst.

Der mit der vorgesehenen Regelung entstehende wirtschaftliche Schaden sei erheblich, stellen die beiden Wirtschaftsverbände fest. Der Standort Basel werde – einmal mehr – noch unattraktiver für KMU. «Der administrative und finanzielle Aufwand für die Unternehmen steht in keinem Verhältnis zur Zielsetzung. Dies gilt umso mehr, als bislang in der Schweiz keine wissenschaftliche Evidenz für das Vorhandensein von Lohndiskriminierung erbracht werden konnte», heisst es. Das Gegenteil sei der Fall. Wie der Regierungsrat selbst schreibe, sei ein Grossteil der heute bestehenden Lohnungleichheit auf erklärbare Faktoren wie unterschiedliche Branchen, Berufe und Verantwortungsstufen zurückzuführen. Faktoren, die gesellschaftlich bedingt sind und nicht politisch gelöst werden können.

«Angesichts des sich verschärfenden Fachkräftemangels ist erst recht auf zusätzliche kostentreibende Auflagen wie Lohnvergleichs-Analysen zu verzichten. Stattdessen ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu fördern und zu verbessern, zum Beispiel durch die Einführung der Individualbesteuerung», halten Gewerbeverband Basel-Stadt und Arbeitgeberverband Basel fest.

«Spitzhacke»

KOLUMNE

Aufgeblasen – Teil 2

Willkommen zur zweiten Folge unserer beliebten Serie «Aufgeblasen in Basel». Vor der Sommerpause erlebten Sie die Spitzhacke, wie sie darüber berichtet hat, Teile der Basler Verwaltung seien aufgeblasen. Die Spitzhacke wies darauf hin, dass es vielleicht nicht besonders klug sei, wenn sich die Verwaltung damit brüstet, sie führe aktiv (und gewinne) Abstimmungskämpfe. Dies mit Bezug auf eine Medienmitteilung des Präsidentsdepartements im Zusammenhang mit der neuen Fachstelle «Gleichstellung und Diversität» – und auch mit Verweis auf ein Interview des Leiters der Fachstelle «Klima» im Präsidentsdepartement. Dieser befand, seine Hauptaufgabe bestehe «in der Umsetzung der Klimagerechtigkeitsinitiative», eine Abstimmung, die aber erst im November an die Urne gelangt – frühestens.

In Teil 2 unserer beliebten Sendereihe geht es nun um die mit Mitteln der öffentlichen Hand, vulgo Steuergeldern, finanzierte Internetseite «umweltbasel.ch». Dort wirbt der 41-jährigen Basler Familienvater und besorgte Mitbürger Roman Künzler unbesehen für die obgenannte Klimagerechtigkeitsinitiative. Dass er für das Anliegen die Werbetrommel rührt, ist nur zu gut nachvollziehbar, ist der stramme Gewerkschaftssekretär doch ein aktives Mitglied der «Klimagerechtigkeitsinitiative Basel 2030, Lokalgruppe 4058». Auch das ist nachzulesen auf der vom Kanton mit Steuergeldern finanzierten Internetseite «umweltbasel.ch». Wie es mit der Serie «Aufgeblasen in Basel» weitergeht, erfahren Sie – wahrscheinlich – demnächst auf diesem Kanal von Ihrer Spitzhacke.